

EINE NICHT GANZ NEUE POLITISCHE KRAFT

Die Freien Wähler

Aus unserer Serie zu statistischen Fragestellungen mit kommunaler Relevanz

Die elf Kommunalwahlen des Frühjahrs, über die wir im vergangenen Heft ausführlich berichteten, brachten ein Ergebnis, über das sich kaum jemand mehr wundert. Freie Wählervereinigungen und Wählergruppen wurden in einigen Bundesländern gar zur stärksten kommunalen Kraft. Doch wer ist diese politische Gruppierung, die sich zunehmend auch auf anderen politischen Ebenen etabliert – und dies in einer Form, die deutlich nachhaltiger erscheint, als bei einigen politischen Sternschnuppen der vergangenen Jahre? Weil UNTERNEHMERIN KOMMUNE sich als explizit kommunale Fachzeitschrift begreift, fanden wir es an der Zeit, sich in diesem Rahmen endlich mit der neuen kommunalen Volkspartei zu beschäftigen – den Freien Wählern.

Das bundesdeutsche Parteiensystem hat sich nach Verkündung des Grundgesetzes zunächst einmal etwas verengt. So spielte die im Ersten Bundestag vertretene Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) keine langfristige Rolle in der Parteienlandschaft. Sie war schon vor ihrem Verbot im Jahre 1968 weitgehend marginalisiert. Der Bund der Heimatvertriebenen schaffte bei den zweiten Bundestagswahlen den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Doch auch dieser Erfolg konnte nicht wiederholt werden. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) konnte insbesondere in den 50er und 60er Jahren bei einigen Landtagswahlen bemerkenswerte Ergebnisse erzielen. Bei den dritten Bundestagswahlen 1957 verpasste sie mit 4,6 Prozent nur äußerst knapp den Einzug in den Bundestag. In den vergangenen Jahren erlebten die Rechtsextremisten in einigen ostdeutschen Bundesländern eine gewisse Renaissance, bundespolitisch ist die Partei allerdings unbedeutend.

Von 1957 bis 1983 waren im Deutschen Bundestag durchgängig lediglich drei Fraktionen vertreten. Seit Beginn der 80er Jahre und den ersten Erfolgen der grünen Bewegung differenzierte sich das Parteiensystem wieder sukzessive aus. Dieser Trend hält bis heute an. Die Grünen schafften 1983 erstmals den Sprung in den Bundestag. Abgesehen von den Wahlen am 1. Dezember 1990, den ersten in einem wiedervereinigten Deutschland, konnten sie diesen Erfolg bis heute jedes Mal wiederholen. Die Wiedervereinigung 1990 brachte eine neuerliche, genuin ostdeutsche, Erweiterung der politischen Landschaft. Aufgrund einer Besonderheit bei den Bundestagswahlen 1990 erreichte die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) den Einzug in den Bundestag. Dazu genügte ihr ein Ergebnis von mehr als fünf Prozent auf dem Gebiet der gerade aufgelösten DDR. 1998 gelang erstmals bundesweit der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Seit der Vereinigung der PDS mit der Wahlalternative soziale Gerechtigkeit (WASG) ist die neue Partei „Die Linke“ konstant im Bundestag vertreten.

Mit den Piraten ist in den vergangenen Jahren eine weitere Kraft auf dem politischen Tableau erschienen. Die eher linksliberal orientierte Partei mit dem Schwerpunkt auf den Themen Datenschutz und Informationsfreiheit bildet aktuell in vier Bundesländern eine Landtagsfraktion. Die rechtskonservative Alternative für Deutschland (AfD) verpasste bei der vergangenen Bundestagswahl im September 2013 mit 4,7 Prozent nur äußerst knapp den Einzug in den Bundestag. Zentrales Thema der AfD ist die Kritik an der Europäischen Union und insbesondere an ihrer Währungspolitik. Bei der Europawahl im Mai dieses Jahres konnte das bundesweite Ergebnis auf 7,1 Prozent ausgebaut werden.

Es könnte also durchaus sein, dass die Bundesrepublik dauerhaft um eine neue politische Strömung bereichert wird – so wie es einst auch den Grünen und den Linken gelungen ist. Vermutlich ist es dieser Umstand, aus dem sich das große Interesse speist, das zuerst die Piraten und nun die AfD auf sich vereinigen konnten. Werden jedoch alle politischen Ebenen betrachtet, fällt auf, dass eine zumindest auf landes- und bundespolitischer Ebene ebenfalls recht neue Bewegung weitgehend unbeachtet bleibt – und dies trotz der immensen Erfolge, die sie in den vergangenen Jahren einfahren konnte. Dies liegt vermutlich daran, dass sie ihren Schwerpunkt dort setzt, wo leider nur Wenige hinschauen. Die Freien Wähler haben sich in vielen Kommunen Deutschlands zu einer entscheidenden Kraft entwickelt. Insbesondere in den süddeutschen Bundesländern konkurrieren sie nicht mehr mit den kleineren, sondern mit den großen politischen Volksparteien um den ersten Rang in der Wählergunst.

Zur Geschichte der Freien Wähler

Unabhängige Wählergruppen spielten in den ersten Jahren der Bundesrepublik bereits eine große Rolle insbesondere auf der kommunalpolitischen Ebene. Doch durch wahlrechtliche

Entscheidungen in einigen Bundesländern wurde ihnen in den 60er und 70er Jahren die Teilnahme an Wahlen teilweise unmöglich gemacht. Nachdem diese Entscheidungen durch Gerichte revidiert wurden, war die Basis vieler unabhängiger Wählergruppen jedoch entscheidend geschmolzen. Hinzu kam der Umstand, dass es im Ergebnis kommunaler Gebietsreformen dieser Zeit unabhängigen Kandidaten immer schwerer fiel, in stetig größer werdenden Einheiten den Bezug zum Wahlbürger zu halten.

In den 90er Jahren kam es zu einer Renaissance freier und unabhängiger Wählergruppen, die sich zunächst als explizit kommunale Kraft etablierten. Die Erfolge speisten sich nicht nur aus der Unzufrieden-



Hubert Aiwanger ist Bundesvorsitzender der Bundesvereinigung Freie Wähler, Vorsitzender des Bundesverbandes, des Landesverbandes Bayerns, der Wählergruppe Bayern und Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Bayerischen Landtag.

heit mit den großen Parteien, sondern auch aus dem Antagonismus heraus, am eigenen Wohnort politisch und gesellschaftlich gestalten, sich dafür aber auf keine spezifische Strömung festlegen zu wollen. Dass die Freien Wähler



Logo der Freien Wähler

zunächst in Bayern und Baden-Württemberg Erfolge erzielten und nach wie vor im Süden Deutschlands ihre besten Ergebnisse erzielen, lässt sich vielleicht mit der starken Dominanz erklären, die das konservative politische Lager dort über viele Jahrzehnte entfaltet. Politische und gesellschaftliche Strukturen wurden zunehmend als verkrustet, arrogant oder gar korrupt empfunden, doch aufgrund stabil positiver Wirtschaftsdaten war die Bereitschaft für einen kompletten Wechsel des politischen Lagers eher begrenzt. Gerade auf kommunaler Ebene, wo das individuell bei Bürgern und Nachbarn erworbene Vertrauen wichtiger sein kann, als eine parteipolitische Festlegung, bewarben sich immer mehr unabhängige Kandidaten um politische Ämter. Nach und nach bildete sich mit den Freien Wählergruppen eine Gruppierung heraus, die aus der Mitte der Bürgerschaft heraus entstand und dementsprechend auch politisch dort anzusiedeln ist.

Die Diskussion, ob diese sehr heterogenen Graswurzelbewegungen Landes- und Bundesverbände bilden und mit den dazu notwendigen programmatischen Festlegungen auch an Landtags-, Bundestags- und Europawahlen teilnehmen sollen, wird innerhalb der Freien Wähler noch immer kontrovers geführt. In der großen Mehrheit der Bundesländer wurde diese Frage bejaht, in einem der beiden Ursprungsländer, Baden-Württemberg, ist jedoch bis heute keine Freie Wählergruppierung zu Landtagswahlen angetreten. Im Zuge dieses Streits trat der Landesverband Baden-Württemberg aus dem Bundesverband der Freien Wähler aus. In Bayern hingegen bilden die Freien Wähler seit 2008 eine eigene Fraktion im Landtag. Nach der Europawahl im Mai dieses Jahres sind die Freien Wähler auch im Europaparlament mit einer Abgeordneten vertreten.

Die Bundesebene

Der Bundesverband der Freien Wähler gründete sich bereits im Jahre 1965. Doch aufgrund der explizit kommunalen Ausrichtung der Wählergemeinschaften besaß er lange Zeit nur eine geringe Relevanz. Erst aus den wachsenden

Erfolgen der Freien Wähler auf der bayerischen Landesebene erwuchs der politische Wille, auch bundesweit anzutreten. Dazu wurde im Januar 2009 die Bundeswählergruppe Freie Wähler ins Leben gerufen. Spitzenkandidatin war die ehemalige CSU-Landrätin Gabriele Pauli. Der Entschluss, sich mit eigenen Kandidaten an der Europawahl des Jahres 2009 zu beteiligen, war innerhalb der Freien Wähler sehr umstritten und führte in indirekter Folge zum bereits erwähnten Austritt des Landesverbandes Baden-Württemberg. Dennoch gelang mit einem bundesweiten Ergebnis von 1,7 Prozent ein Achtungserfolg. Die Freien Wähler avancierten bei diesen Wahlen zur sechststärksten politischen Kraft der Bundesrepublik.

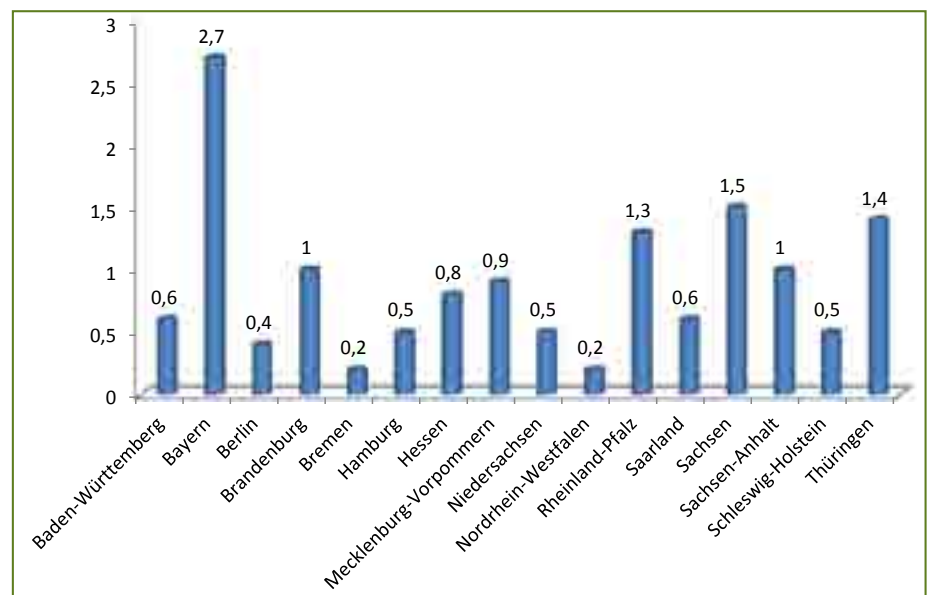
Die Bundeswählergruppe wurde im Februar 2010 in die Bundesvereinigung Freie Wähler überführt. Bundesvorsitzender ist Hubert Aiwanger. Er ist gleichzeitig Vorsitzender des Bundesverbandes, des Landesverbandes Bayerns, der Wählergruppe Bayern und Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Bayerischen Landtag. Am 8. Mai 2010 gründete sich in Mainz mit der Landesvereinigung Freie Wähler Rheinland-Pfalz die erste Landesgliederung der Bundesvereinigung Freie Wähler. Bis April 2013 wurden in allen 16 Bundesländern Landesvereinigungen gegründet, welche teilweise zu Landtagswahlen antraten. Die Gründungen wurden zum Teil aus den entsprechenden Landesverbänden heraus organisiert, zum Teil erfolgrten sie jedoch auch gegen den Widerstand des entsprechenden Landesverbandes. Anfang Oktober 2011 beschlossen die Freien Wähler Bayerns, zur Bundestagswahl 2013 anzutreten. Kurz darauf entschied sich auch die Bundesvereinigung zu diesem Schritt. Im Juli 2012 erschienen Freie

Wähler erstmals in den bundesweiten Umfragen der großen Meinungsforschungsinstitute. Im Jahre 2012 arbeitete die Bundesvereinigung mit der aus CDU-Kreisen gegründeten Wahlalternative 2013 zusammen. Dabei kandidierte bei der Landtagswahl in Niedersachsen 2013 unter anderem Bernd Lucke, heute Bundesvorsitzender der Alternative für Deutschland (AfD), auf der Liste der Freien Wähler. Beim ersten Anlauf zu einer Bundestagswahl, am 22. September 2013, erreichten die Freien Wähler etwa ein Prozent der Wählerstimmen.

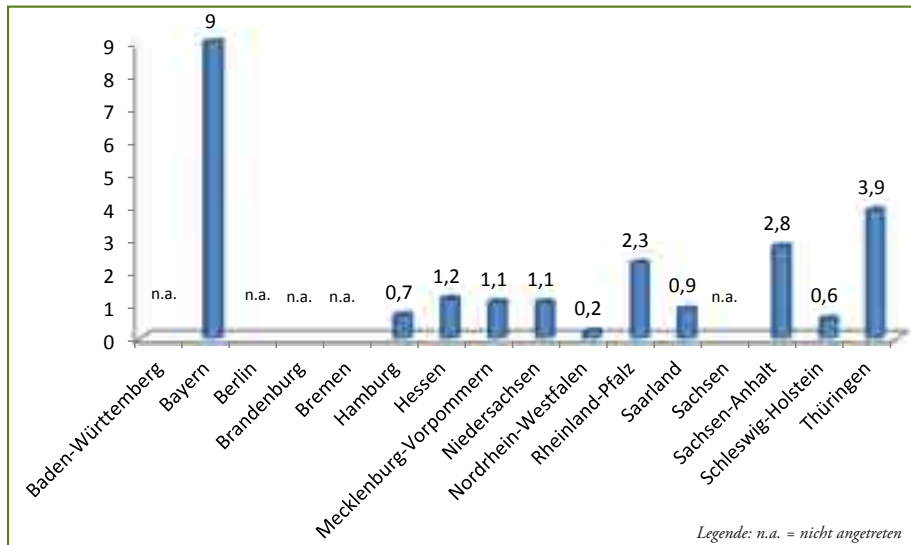
2012 wurde das erste Grundsatzprogramm verabschiedet. Ein Bundeswahlprogramm ist im Mai 2013 beschlossen worden. Darin bekennen sich die Freien Wähler zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und bezeichnen sich selbst als wertkonservativ und bürgerlich-liberal. Betont wird zudem die kommunale Verwurzelung. In diesem Zusammenhang wollen die Freien Wähler bürgerschaftliches Engagement fördern, Elemente der direkten Demokratie erweitern und die kommunale Selbstverwaltung stärken. Die Freien Wähler traten im Mai dieses Jahres zum zweiten Mal zu einer Europawahl an. Die bayerische Landtagsabgeordnete Ulrike Müller und der Hamburger Journalist Wolf Achim Wiegand wurden an die Spitze der Liste gewählt. Erstere schaffte den Sprung ins Europäische Parlament, der zweite Sitz wurde nur um 0,067 Prozentpunkte verfehlt. Im Vergleich zur Europawahl 2009 mussten die Freien Wähler Einbußen von 0,2 Prozentpunkten in Kauf nehmen.

Deutschlandweit sind die Freien Wähler die politische Gruppierung mit den drittmeisten Mandaten auf kommunaler Ebene – dies gilt auch im Hinblick auf Landräte und Oberbürgermeister kreisfreier Städte.

Die Landesergebnisse der Freien Wähler bei der Bundestagswahl 2013 – in Prozent



Ergebnisse der Freien Wähler bei den jeweils zurückliegenden Landtagswahlen – in Prozent



Baden-Württemberg

Als Reaktion auf die Kandidatur zur Europawahl 2009 trat der Landesverband Baden-Württemberg aus dem Bundesverband der Freien Wähler aus. Mit nach wie vor gültigem Beschluss aus dem Jahre 2010 wird auch auf eine Kandidatur zu Landtagswahlen verzichtet. Als Reaktion auf diese Entwicklung, entschloss sich der Bundesverband der Freien Wähler dazu, einen namensgleichen Konkurrenzverband in Baden-Württemberg zu gründen. Eine daraufhin eingereichte Namensschutzklage hatte keinen Erfolg. Beide Vereinigungen müssen daher eine Verwechslungsgefahr in Kauf nehmen.

Der Verband hat kein politisches Programm und ist keine Partei. Es ist den Mitgliedern überlassen, sich zu sachpolitischen Themen vor Ort zu äußern. Die Freien Wähler Baden-Württemberg verstehen sich lediglich als Dienstleister für die Mitglieder und vertreten die gemeinsamen Interessen. Zentrale Ziele sind die Beibehaltung des kommunalen Persönlichkeitswahlrechts, steuerliche Gleichstellung mit den Parteien und Erhaltung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden.

Die Freien Wähler sind in Baden-Württemberg am stärksten verankert. Bei Gemeinderatswahlen errangen sie die meisten Sitze und haben sich bei den letzten Wahlen beständig gesteigert. Im Mai dieses Jahres wurde ein landesweites Ergebnis von 37,6 Prozent erreicht. Damit konnte man im Vergleich zu den vorangegangenen Kommunalwahlen nochmals um zwei Prozentpunkte zulegen. Die Freien Wähler sind in Baden-Württemberg mit Abstand die stärkste kommunale Kraft. In den Landkreisen Lörrach und Tuttlingen stellen sie auch Landräte.



Bayern

Die Freien Wähler in Bayern haben sich für einen anderen Weg entschieden, als ihre Kollegen in Baden-Württemberg. Erklärtes Ziel ist eine landes- und letztlich auch bundespolitische Integration. Der Bundesverband der Freien Wähler ist weitgehend identisch mit dem Landesverband Bayern. Nicht nur in Bezug auf den Bundes- und Landesvorsitzenden Hubert Aiwanger, sondern auch bei den Vorständen besteht eine weitgehende personelle Kongruenz.

Die Entscheidung, bei Landtagswahlen anzutreten, wurde 1997 auf einer Landesdelegiertenversammlung mit knapper Mehrheit gefasst und anschließend durch eine Mitgliederbefragung basisdemokratisch legitimiert. Dennoch war und ist die Teilnahme an Landtagswahlen innerhalb der kommunalen Wählergruppen umstritten. Die Befürworter verweisen wie in anderen Bundesländern darauf, dass die Regeln für die Kommunen im Land

gemacht würden. Allerdings traten einige Wählergruppen aus dem Dachverband aus bzw. kündigten an, diese Kandidatur nicht zu unterstützen. Die Freien Wähler, so die Kritiker, würden damit ihr eigentliches kommunales Betätigungsfeld verlassen.

Erstmals traten die Freien Wähler bei der Landtagswahl 1998 an und erreichten 3,7 Prozent. 2003 konnte man sich leicht auf nun vier Prozent steigern. Bei der Landtagswahl 2008 avancierten die Freien Wähler schließlich mit 10,2 Prozent der Wählerstimmen und 21 Mandaten zur dritten politischen Kraft in Bayern. Diese Rolle konnte trotz leichter Einbußen auf nun neun Prozent der Wählerstimmen im Jahre 2013 verteidigt werden. Bei den Kommunalwahlen 2008 waren die Freien Wähler statistisch noch zusammen mit anderen Wählergruppen verzeichnet worden. Zusammen gerechnet erzielten diese und die Freien Wähler bei den Kommunalwahlen im März dieses Jahres nahezu dasselbe Resultat wie 2008 (insgesamt 19,2 Prozent).

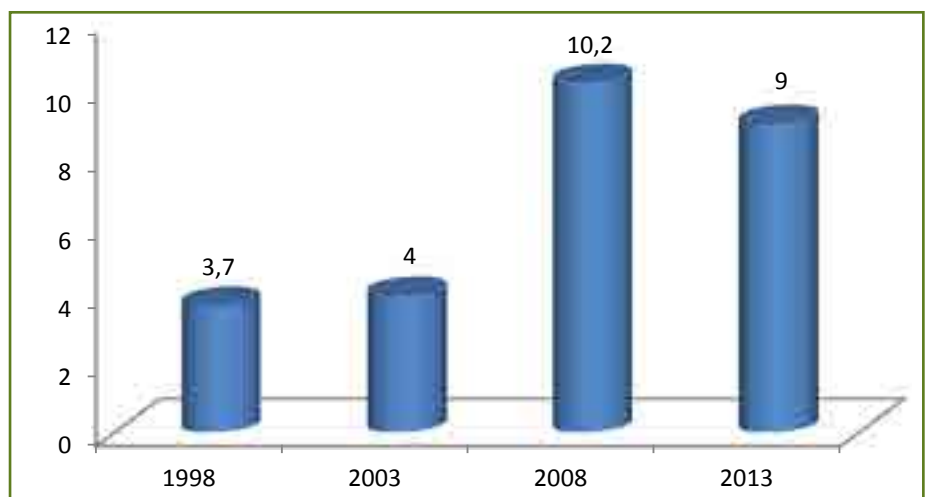
In den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Neuburg-Schrobenhausen, Kelheim, Landshut, Regensburg, Tirschenreuth, Kulmbach, Nürnberger Land, Kitzingen, Main-Spessart, Dillingen an der Donau und Unterallgäu stellen die Freien Wähler insgesamt 13 Landräte.



Berlin

Seit Oktober 2005 stellen die Freien Wähler auch in Berlin einen Landesverband. Allerdings sind sie in der hauptstädtischen Politik kaum präsent. Bei der letzten Abgeordnetenhauswahl wurden lediglich 312 Erststimmen gewonnen. Berlinweit trat die Partei nicht an. Bei den Bundestagswahlen im Herbst vergangenen Jahres wurde ein Ergebnis von 0,4 Prozent erzielt. Die Partei hat in Berlin jüngst etliche Mitglieder an die Alternative für Deutschland verloren.

Ergebnisse der Freien Wähler bei den Landtagswahlen in Bayern – in Prozent





Brandenburg

Die Freien Wähler Brandenburg gründeten sich im Dezember 2008. Nur drei Monate später berichtete jedoch das ARD-Magazin „Report München“ über die Unterwanderung der Freien Wähler durch rechte Kräfte und über die rechtspopulistische Vergangenheit einiger Vorstandsmitglieder. In direkter Folge wurde der Landesverband Brandenburg im April 2009 aus dem Bundesverband ausgeschlossen. Daraufhin gründeten Mitglieder des Landesverbandes Brandenburg einen eigenen Bundesverband als Kleinpartei unter dem Namen Freie Wähler Deutschland (FWD). Diese trat mit einer Landesliste zur Bundestagswahl 2009 an. Parallel gründete sich ein Brandenburger Landesverband der Bundesvereinigung Freie Wähler.

Das BürgerBündnis freier Wähler e. V. wurde 1993 von Mitgliedern der Bürgerbewegungen der Wendezeit ins Leben gerufen. Der Verband benannte sich 2009 in Landesverband Freie Wähler Brandenburg e. V. um. Nach einer Klage der Freien Wähler Brandenburg wurde die Nutzung dieses Namens allerdings untersagt. Das BürgerBündnis freier Wähler e.V. ist derzeit nicht Mitglied im Bundesverband der Freien Wähler.

Aufgrund dieser recht unübersichtlichen Ausprägung der Freien Wählergemeinschaften im Land Brandenburg ist es schwer, die jeweiligen Wahlergebnisse sinnvoll zu vergleichen. Daher werden die verschiedenen Wählergruppen zusammengefasst, um im Hinblick auf die kommunale Ebene in Brandenburg zumindest das Potential für Freie Wählergemeinschaften zu eruieren. Bei den vergangenen Kommunalwahlen im Mai dieses Jahres erreichten Unabhängige Wählergemeinschaften insgesamt 17 Prozent der Stimmen. Sie sind damit klar die viertstärkste Kraft im Land. Im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2009 hat dieses Lager jedoch knapp zwei Prozentpunkte verloren. Bei der Bundestagswahl 2013 erreichten die Freien Wähler ein Prozent.



Bremen

Die Wählervereinigung Freie Wähler Bremen gründete sich im Oktober 2008. Nach einem Bericht des „Weser-Kurier“ waren jedoch acht Vorstandsmitglieder früher in rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen wie der Schill-Partei und der „Wählervereinigung Bremen muß leben“ politisch aktiv.

Deshalb wurde auch der Landesverband Bremen im April 2009 aus dem Bundesverband der Freien Wähler ausgeschlossen. Dieser Schritt wurde damit begründet, dass sich der Landesverband Bremen fast ausschließlich aus ehemaligen Mitgliedern der beiden genannten rechtspopulistischen Bewegungen rekrutierte. Dem Vorsitzenden des Landesverbandes, Friedhelm Altvater, wurden öffentliche Äußerungen zu einem Zuschuss für einen jüdischen Friedhof vorgeworfen. Er hatte dies als „Steuergeldverschwendung“ bezeichnet. Die Freien Wähler Bremen agierten in der Folge als eingetragener Verein und traten im Januar 2011 der aus dem ehemaligen Landesverband Brandenburg hervorgegangenen Partei Freie Wähler Deutschland bei. Sie traten zur Bürgerschaftswahl in Bremen 2011 an und erreichte im Stadtgebiet Bremen 0,2 Prozent der Stimmen.

Die „Bremer und Bremerhavener Bürger Liste“ (BBL) des ehemaligen FDP-Fraktionsvorsitzenden Uwe Woltemath verkündete zur Bürgerschaftswahl 2011, mit dem Bundesverband Freie Wähler eng zusammenarbeiten zu wollen. Bei der Bundestagswahl 2013 erreichten die Freien Wähler im Land Bremen 0,2 Prozent.



Hamburg

Der FW Freie Wähler Hamburg e. V. hatte sich im Dezember 2008 als Wählervereinigung gegründet. Der Landesverband war Mitglied im Bundesverband. Er wurde 2012 jedoch aufgelöst, weil es in Hamburg mangels kommunaler Wählervereinigungen keinen Bedarf mehr gab. Das Vermögen ging in die Landesvereinigung Freie Wähler Hamburg über, die im Oktober 2010 als Partei gegründet worden ist und an der Bürgerschaftswahl und Bezirksversammlungswahl 2011 sowie an der Bundestagswahl 2013 teilgenommen hat. In Hamburg waren die Freien Wähler unterdurchschnittlich erfolgreich. Bei der Bürgerschaftswahl gelangen 0,7 und bei der Bundestagswahl 2013 0,5 Prozent. Bei den Wahlen zu den Bezirksversammlungen im Mai dieses Jahres konnte knapp ein Prozent der Wählerstimmen gewonnen werden.



Hessen

Als Freie Wähler Hessen wird sowohl der Landesverband Hessen des Bundesverbandes der Freien Wählergemeinschaften Deutschlands als auch die Landesvereinigung Freie Wähler Hessen als Landesverband der Bundesvereinigung Freie

Wähler bezeichnet. Beide Organisationen sind zwar personell verflochten, unterscheiden sich aber juristisch. Bei der einen handelt es sich um einen Verband unabhängig agierender Wählergruppen, bei der anderen um eine Partei.

Der Verband der Freien Wähler Hessen wurde 1956 gegründet. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg waren Wählergruppen in Hessen wesentlich stärker als heute. 1952 wurden sie mit 35,8 Prozent der Wählerstimmen stärkste kommunale Kraft. Danach sank der Anteil kontinuierlich ab. Zwischen 1977 und 1985 erreichten Freie Wähler nur noch einen durchschnittlichen Stimmenanteil von 7,2 bis 7,6 Prozent bei den Gemeindewahlen. Erst bei den Kommunalwahlen 1989 und 1993 erzielten sie mit 9,2 bzw. 14,1 Prozent einen spürbaren Zuwachs. Bei den hessischen Kommunalwahlen 2006 wurde ein durchschnittliches Ergebnis von 15,6 Prozent der Stimmen erreicht. Da sie jedoch nicht landesweit antraten, lag das Gesamtergebnis bei 5,2 Prozent. Bei den Kommunalwahlen am 27. März 2011 konnte das landesweite Ergebnis auf 5,7 Prozent verbessert werden. Dazu sind die Freien Wähler in 20 der 21 hessischen Kreistage vertreten sowie in den Stadtparlamenten von vier der fünf kreisfreien Städte Hessens. Nach der Anzahl der kommunalen Mandate sind sie die drittstärkste kommunale Kraft in Hessen. Im Odenwaldkreis stellen die Freien Wähler mit Dietrich Kübler auch einen Landrat.

Die Freien Wähler Hessen traten 2008 erstmals seit 1978 wieder bei einer hessischen Landtagswahl an. Die Kandidatur auf Landesebene war zunächst heftig umstritten. Auf dem Landesdelegiertentag 2006 stimmten 61 Prozent der Delegierten dafür. Allerdings erreichte die Partei bei den Wahlen selbst lediglich 0,9 Prozent und damit nicht einmal die Hürde von einem Prozent, ab der eine staatliche Wahlkampfkostenersatzung erfolgt wäre. Bei der Neuwahl 2009 verbesserten sie ihre Position jedoch auf 1,6 Prozent. Bei den Landtagswahlen 2013 waren es 1,2 und bei den am selben Tag abgehaltenen Bundestagswahlen 0,8 Prozent hessenweit.



Mecklenburg-Vorpommern

Mit nur 36 Mitgliedern sind die Freien Wähler in Mecklenburg-Vorpommern noch immer eine sehr kleine Partei. Das gesamte Lager der freien und unabhängigen Wählergemeinschaften erreichte bei der vergangenen Kommunalwahl im Mai dieses Jahres jedoch immerhin knapp zehn Prozent der Wählerstimmen. Mit 1,1 Prozent bei den letzten Landtagswahlen im Jahr 2010 und 0,9 Prozent bei der Bundestagswahl erreichten die Freien Wähler Mecklenburg-Vorpommern bei überregionalen Wahlen deutlich schlechtere Ergebnisse.



Niedersachsen

Mit 2.693 errungenen Gemeinderatsmandaten bei den letzten Kommunalwahlen im Jahre 2011 stellen Wählergruppen in Niedersachsen die drittstärkste kommunale Kraft nach CDU und SPD. Wie in Hessen waren sie auch in Niedersachsen zunächst stark, mussten in den 60er und 70er Jahren allerdings erhebliche Einbußen in Kauf nehmen, gewannen in den zurückliegenden Jahren jedoch wieder erheblich hinzu. Der Verein Freie Wähler Niedersachsen – Bürgerinitiativen, Bürgerlisten und unabhängige Wählergemeinschaften e.V. wurde im Sommer 2007 gegründet. Obwohl die Freien Wähler Niedersachsen sich aus Wählergruppen zusammensetzen, sind sie im Gegensatz zu anderen Landesverbänden gemäß Satzung eine Partei. Die Rechtsform wurde gewählt, da in Niedersachsen nur Parteien und keine Wählergruppen zu Landtagswahlen antreten können. An der Bundestagswahl 2009 wollte die Gruppierung ursprünglich teilnehmen, zog die betreffende Anzeige aber vor der Sitzung des Bundeswahlausschuss wieder zurück. Am 5. Juni 2010 gründete sich aus dem Landesverband heraus eine Landeswählervereinigung als Landesverband der Bundesvereinigung der Freien Wähler. Der Landesverband beschränkt sich zukünftig auf die Rolle als Dachverband der kommunalen Wählergemeinschaften.

Bei den Landtagswahlen 2010 erzielten die Freien Wähler 1,1 Prozent der Wählerstimmen. Mit Joachim Bordt im Landkreis Harburg stellen freie Wählergemeinschaften auch einen Landrat in Niedersachsen.



Nordrhein-Westfalen

Der Landesverband Freier Wähler Nordrhein-Westfalen e. V. wurde 1980 gegründet. Etwa ein Drittel der 470 Wählergruppen im Land Nordrhein-Westfalen gehören ihm an. Weitere 20 Prozent streben eine Mitgliedschaft an. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg waren Wählergruppen sehr stark in Nordrhein-Westfalen. Dann jedoch beschränkten die Landtagsparteien mit dem nordrhein-westfälischen Kommunalwahlgesetz von 1952 das Recht zur Aufstellung von Wahllisten ausdrücklich auf politische Parteien. Parteifreie Kandidaten und kommunale Wählergemeinschaften wurden per Gesetz ausgeschlossen. Als das Bundesverfassungsgericht diese Entscheidung in einem Urteil aus dem Jahre 1960 kippte, hatten die Freie Wähler ihre breite Basis im Land bereits eingebüßt. Die anschließende Gemeindereform mit den entstehenden

Großgemeinden erschwerte den Wiederaufstieg der Freien Wähler, deren Stärke örtliche Verankerung und Bekanntheit ihrer Kandidaten war.

Bei den Kommunalwahlen 2014 erzielten freie Wählergruppen einen Anteil von 4,5 Prozent. Dies sind 0,4 Prozentpunkte weniger als noch 2009. Zusätzlich muss darauf verwiesen werden, dass nicht alle dieser Wählergruppen im Landesverband Freier Wähler Nordrhein-Westfalen e. V. vertreten sind. Die Partei Freie Wähler erzielte sowohl bei der letzten Landtagswahl 2011 als auch bei der Bundestagswahl 2014 mit jeweils 0,2 Prozent der Stimmen äußerst ernüchternde Ergebnisse.



Rheinland-Pfalz

Der Landesverband Freier Wählergruppen Rheinland-Pfalz e. V. hat mit circa 5.000 eher überdurchschnittlich viele Mitglieder. Bereits 2001 wurde erstmals an Landtagswahlen teilgenommen. Mit 2,6 Prozent scheiterte man zwar an der Fünf-Prozent-Hürde, erhielt jedoch eine Wahlkampfkosten-erstattung. In die Parteienfinanzierung wurden die Freien Wähler nicht einbezogen, da sich ein Teil der Mitgliedsverbände weigerte, ihre Finanzsituation dem Landeswahlleiter offenzulegen. Bei der Landtagswahl 2006 büßten die Freien Wählergruppen einen Prozentpunkt ein und erreichten nur 1,6 Prozent.

Im Jahr 2010 beschlossen die Freien Wählergruppen Rheinland-Pfalz, sich in einen bloßen Dachverband von Wählergruppen zurück zu verwandeln. Zur Teilnahme an der Landtagswahl 2011 wurde als Gliedverband der Bundesvereinigung die Landesvereinigung Freie Wähler Rheinland-Pfalz gegründet. Mit 2,3 Prozent konnte das Ergebnis wieder etwas gesteigert werden. Bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr wurden 1,3 Prozent erreicht. Bei den Kommunalwahlen 2014 lag das landesweite Ergebnis der Wählergruppen bei 10,6 Prozent. Damit büßte man im Vergleich zur vorherigen Kommunalwahl des Jahres 2009 circa einen Prozentpunkt ein. Mit insgesamt mehr als 7.000 errungenen kommunalen Mandaten lag man jedoch erneut vor der SPD, die in Rheinland-Pfalz immerhin die Ministerpräsidentin stellt. Nur die CDU war in dieser Kategorie stärker.



Saarland

Der FW/FWG Freie Wähler Landesverband Saarland e. V. wurde als überregionaler Zusammenschluss der Freien Wählergemeinschaften im Saarland gegründet. Bei den Kommunalwahlen 2004 haben Freie Wählervereinigungen rund zehn Prozent der Mandate auf Gemeindeebene errungen. Bei Landtagswahlen traten die Freien Wähler erstmals 2009 an und erreichten 0,8 Prozent der Wählerstimmen. Im August 2011 gründete sich die Freie Wähler Landesvereinigung Saarland als Landesverband der Bundesvereinigung. Einige lokale Vereinigungen der Freien Wähler zeigten sich mit dieser Entscheidung jedoch nicht einverstanden. Auch im Vorfeld der Landtagswahl im Saarland 2012 kam es zu Spannungen zwischen dem Landesverband und der Landesvereinigung. Der Landesverband stellte mehrmals klar, nicht mit der zur Landtagswahl antretenden Partei identisch zu sein. Bei der letzten Landtagswahl erreichten die Freien

Gründung/Beitritt zur Bundesvereinigung Freie Wähler sowie Mitgliedszahlen der Landesvereinigungen Freie Wähler

Landesvereinigung	Gründung/Beitritt	Mitglieder
Baden-Württemberg	Mai 2010	118
Bayern	Dezember 2011	3.300
Berlin	Dezember 2010	54
Brandenburg	Mai 2011	31
Bremen	Juli 2013	20
Hamburg	Oktober 2010	31
Hessen	November 2012	190
Mecklenburg-Vorpommern	September 2011	36
Niedersachsen	Juni 2010	267
Nordrhein-Westfalen	September 2011	215
Rheinland-Pfalz	Mai 2010	189
Saarland	August 2011	84
Sachsen	Juni 2011	45
Sachsen-Anhalt	Juni 2010	120
Schleswig-Holstein	Januar 2012	64
Thüringen	Juni 2013	89

Wähler 0,9 Prozent, bei der Bundestagswahl 2013 waren es saarlandweit gar nur 0,6 Prozent. Bei den Kommunalwahlen im Mai dieses Jahres lagen die Freien Wähler bei etwa zwei Prozent. Sie sind damit im Saarland deutlich schwächer, als in den anderen Bundesländern Süd- und Südwestdeutschlands.



Sachsen

Die Freien Wähler e. V. in Sachsen wurden bereits im November 1992 gegründet. Sie sind damit der älteste Landesverband der neuen Bundesländer. Bei den Kreistagswahlen 2008 erreichten die Freien Wähler landesweit 12,1 Prozent der Stimmen. Bei den Kommunalwahlen 2009 wurden unabhängige Wählergruppen mit 24,6 Prozent zweitstärkste Kraft hinter der CDU (32,7 Prozent). Mit 3.104 von insgesamt 8.056 zu vergebenen Mandaten lagen sie in dieser Kategorie sogar leicht vor der CDU. Nicht alle dieser Wählergruppen waren oder sind jedoch Mitglied der Freien Wähler.

Da es nach dem Landtagswahlgesetz in Sachsen nicht möglich ist, als Wählervereinigung zur Landtagswahl anzutreten, haben einzelne

Mitglieder der Freien Wähler im Mai 2007 die Partei Freie Sachsen gegründet. Diese erzielte bei den Landtagswahlen 2009 ein Ergebnis von 1,4 Prozent. Im Juni 2011 wurde die Landesvereinigung Freie Wähler Sachsen gegründet. Bei der Bundestagswahl im Herbst vergangenen Jahres wurde mit 1,5 Prozent das zweitbeste Ergebnis der Freien Wähler in einem Bundesland erreicht. 2014 treten die Freien Wähler Sachsen erstmals bei einer Landtagswahl an. Bei den Kommunalwahlen im Mai dieses Jahres konnten sie in den Städten und Gemeinden fast ein Viertel der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Bei den Kreistagswahlen wurde ein sachsenweites zweistelliges Ergebnis jedoch knapp verfehlt.



Sachsen-Anhalt

Der Freie Wähler Landesverband Sachsen-Anhalt e. V. ist ein Zusammenschluss von lokalen Wählergemeinschaften und Einzelpersonen. Der Verein ist Mitglied im Bundesverband Freie Wähler

Die Landtagswahl 2006 wurde als Teil des Bund der Bürgerinitiativen und Freie Wähler Sachsen-Anhalt angegangen. Der Erfolg war mit 0,46 Prozent der Stimmen recht bescheiden. Bei

der Landtagswahl 2011 trat die neu gegründete Landesvereinigung an. Der Stimmenanteil konnte mit 2,8 Prozent der Stimmen deutlich ausgebaut werden. Bei der Bundestagswahl 2013 erreichten die Freien Wähler Sachsen-Anhalts immerhin knapp ein Prozent. Wie in fast allen Bundesländern erzielen die Freien Wähler Sachsen-Anhalts je stärkere Ergebnisse, desto kleiner die jeweils zu wählende Einheit ist. In Bezug auf die Kreistage und die Stadtverordnetenversammlungen kreisfreier Städte wurden bei den Kommunalwahlen dieses Jahres 8,9 Prozent erreicht, ein leichter Verlust von 0,3 Prozentpunkten zur Vergleichswahl des Jahres 2009.



Schleswig-Holstein

Auch in Schleswig-Holstein entstammen die Freien Wähler einer langen – vor allem kommunalpolitischen – Tradition unabhängiger Wählergruppen. Die heutige Freie Wähler Landesvereinigung Schleswig-Holstein wurde im Jahre 2008 gegründet. Sie ist unter anderem in den Kreistagen von Schleswig-Flensburg und Steinburg, in der Lübecker Bürgerschaft und in verschiedenen Gemeindevertretungen kommunalpolitisch aktiv. Im Vergleich zu den mitteldeutschen und südlichen Bundesländern erreichen die Freien Wähler Schleswig-Holstein allerdings noch immer unterdurchschnittliche Ergebnisse. Bei den letzten Landtagswahlen 2012 wurden 0,6 und bei den Bundestagswahlen 2013 0,5 Prozent erzielt.



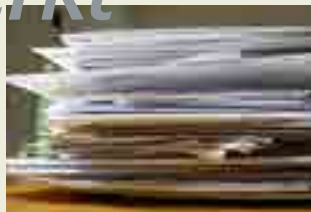
Thüringen

Der Landesverband der Freien Wähler Thüringen e. V. wurde im März 2004 gegründet. Nach der Kommunalwahl 2004 wurden insgesamt 5.298 kommunale Mandate von Freien Wählern gehalten. Damit lagen sie deutlich vor allen anderen Parteien. Die Partei Freie Wähler trat 2009 zum zweiten Mal bei Landtagswahlen an. Sie konnte ihr Ergebnis aus dem Jahre 2004 um 1,3 Prozentpunkte auf 3,9 Prozent steigern. Bei den Kommunalwahlen im Juni 2009 erhielten die Freien Wähler landesweit 6,7 Prozent der Stimmen. 2014 lagen sie noch bei 4,5 Prozent. ■



www.freiewaehler.eu

Angemerkt



Bei den Freien Wählern zeigt sich noch immer eine ausgeprägte umgekehrte Proportionalität zwischen dem Wahlerfolg und der Größe der zu wählenden Einheiten. Je enger das Wahlumfeld, desto größer werden die Erfolge der Freien Wähler. Dies gilt auch für die kommunale Ebene. So werden bei Ortschafts- oder Gemeinderatswahlen deutlich bessere Ergebnisse erreicht, als bei den Wahlen zu Kreistagen oder Stadtverordnetenversammlungen kreisfreier Städte.

Die Freien Wähler sind noch immer eine sehr heterogene Gruppierung. Nach vielen Debatten in den Ländern ist die Integration in einheitliche Landesverbände und in den Bundesverband jedoch deutlich vorangeschritten. Dies wird auch die Voraussetzung sein, um in der politischen Debatte und im Ringen um öffentliche Aufmerksamkeit erfolgreich sein zu können. Denn bis dato erscheinen die Freien Wähler noch als deutlich zu komplex, um als überregionale politische Kraft wahrgenommen werden zu können. Während Bürgernähe, Individualität und eine fehlende parteipolitische Bindung auf kommunaler Ebene zum Vorteil gereichen können, ist bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen eine programmatische Festigung vonnöten. Ob dies gelingt und von Erfolg gekrönt sein wird, wird man sehen. In jedem Fall ist es unerlässlich, die Strategie einer landes- und bundespolitischen Integration mit einheitlicher Stimme voranzutreiben. Bis dato werden die Freien Wähler im Bund noch sehr stark mit dem bayerischen Landesverband verknüpft und erscheinen demnach als wertkonservative, kommunale Kraft mit einer starken ländlichen Basis. Um bundesweit reüssieren zu können, müssen die Freien Wähler zunächst einmal den „Weißwurst-Äquator“ überqueren und sie müssen deutlich großstädtischer werden. Ob der Zusammenhalt der eh schon sehr heterogenen Gruppierung dabei erhalten bleibt, wird eine der spannendsten Fragen im Hinblick auf die weitere Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems werden.

Falk Schäfer